

Niederschrift

über die öffentliche Sitzung des Stadtrates
am Montag, den 02.05.2022 um 14:30 Uhr
Sitzungssaal der Wasgauhalle, Ebene 1

Gesetzliche Mitgliederanzahl	45
Anwesend sind	41

Und zwar

Vorsitzender

Herr Markus Zwick

(außer TOP 3)

Beigeordnete

Herr Denis Clauer

Herr Michael Maas

Mitglieder

Herr Jürgen Bachert

Herr Florian Bilic

Herr Tapani Braun

Herr Dieter Clauer

Herr Wolfgang Deny

Herr Dr. Florian Dreifus

Herr Frank Eschrich

Frau Stefanie Eyrisch

Frau Katja Faroß-Göller

Frau Brigitte Freihold

Herr Frank Fremgen

Herr Jürgen Hartmann

Herr Thomas Heil

Herr Wolfgang Hendrichs

Herr Gerhard Hussong

Frau Heidi Kiefer

Herr Florian Kircher

Herr Hartmut Kling

Herr Jochen Knerr

Frau Susanne Krekeler

Frau Brigitte Linse

Frau Gabriele Mangold

Herr Dr. Bernhard Matheis

Herr Jürgen Meier

Herr Ralf Müller

Frau Uschi Riehmer

Herr Philipp Scheidel

Frau Sabine Schunk

Herr Bernd Schwarz

Herr Tobias Semmet
Frau Annette Sheriff
Herr Berthold Stegner
Herr Jürgen Stilgenbauer
Herr Sebastian Tilly
Herr Manfred Vogel
Herr Ferdinand L. Weber
Herr Erich Weiß
Herr Bastian Welker
Herr Steven Wink
Herr Heinrich Wölfling

Protokollführung

Frau Anne Vieth

von der Verwaltung

Frau Iris Brandt
Herr Daniel Durm
Herr Bernd Gehringer
Frau Lina Klug
Frau Annette Legleitner
Herr Jörg Metzger-Jung
Herr Oliver Minakaran

Zu Ausbildungszwecken anwesend

Herr Mehrdad Arré

zur Sitzung hinzugezogen

Herr Christoph Dörr
Herr Jürgen Peltzer

Stadtwerke Pirmasens (TOP 5)

Stadtwerke Pirmasens (TOP 5)

Abwesend:

Mitglieder

Frau Edeltraut Buser-Hussong
Herr Maurice Croissant
Frau Ulla Eder
Frau Regina Zipf

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung um 14.30 Uhr.

Er stellt die form- und fristgerechte Ladung der Ratsmitglieder sowie die Beschlussfähigkeit des Stadtrates fest.

Änderungs- oder Ergänzungswünsche zur Tagesordnung gibt es nicht.

Der Stadtrat beschließt einstimmig die folgende

Tagesordnung:

1. Ausbau der Gersbacher Straße in Pirmasens, Ortsteil Winzeln
 - 1.1. Kostenfortschreibung für die Straßenbauarbeiten
 - 1.2. Bereitstellung von überplanmäßigen Ausgaben
 - 1.3. Vergabe der Straßenbauarbeiten
2. Ausbau der Stobelallee zwischen Luisenstraße und "Gefäller Weg"
 - 2.1. Kostenfortschreibung für die Straßenbauarbeiten
 - 2.2. Bereitstellung von überplanmäßigen Ausgaben
 - 2.3. Vergabe der Straßenbauarbeiten
3. Jahresabschlüsse 2018 und 2019
 1. Feststellung der Jahresabschlüsse
 2. Entlastung des Oberbürgermeisters und der Beigeordneten
4. Vertrauensanwalt - Information
5. Baumaßnahme südliche Hauptstraße - Information
6. Erstellung eines Konzeptes zur Ermittlung der Bedarfe für die Unterkunft - Information
7. Antrag der Stadtratsfraktion Die Linke / PARTEI vom 20.04.2022 bzgl. "Balkonkraftwerke"
8. Beantwortung von Anfragen, Informationen, Anfragen der Ratsmitglieder

Vor Eintritt der Tagesordnung teilt der Vorsitzende mit, Frau Helga Knerr habe zum 30.04.2022 ihr Mandat im Stadtrat niedergelegt. Gemäß dem Wahlergebnis der Kommunalwahl im Mai 2019 zieht Herr Jochen Knerr als Ersatzmitglied in den Stadtrat ein. Er verpflichtet Ratsmitglied Knerr auf die gewissenhafte Erfüllung seiner Pflichten

zu 1 Ausbau der Gersbacher Straße in Pirmasens, Ortsteil Winzeln

**zu 1.1 Ausbau der Gersbacher Straße in Pirmasens, Ortsteil Winzeln; Kostenfortschreibung für die Straßenbauarbeiten
Vorlage: 1436/II/66.2/2022**

Bürgermeister Maas bezieht sich auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage des Tiefbauamtes vom 20.04.2022.

Er fügt hinzu, für diese Maßnahme sei ein Förderantrag gestellt worden. Ein Förderbescheid sei noch nicht erfolgt, mit diesem rechne man jedoch nächste Woche. Des Weiteren sei im ursprünglichen KVA eine Verschwenkung der Fahrbahn zur Geschwindigkeitsreduzierung geplant worden, allerdings würde nun ein Kreisels zur Erschließung des Neubaugebiets benötigt. Durch den Bau des Kreisels würden zusätzliche Leistungen und Kosten anfallen.

Daraufhin verliest Ratsmitglied Eschrich eine Stellungnahme der Stadtratsfraktion DIE LINKE-PARTEI:

“Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren,

wir werden der Erhöhung der Kostenvorabschläge für den Ausbau der Gersbacher Straße und der Strobelaallee nicht zustimmen. Der geplante Straßenausbau ist zweifellos notwendig, aber nicht zu diesen exorbitanten Preisen. Es kann nicht angehen, dass eine hoch verschuldete Stadt wie Pirmasens, in der es an allen Ecken und Enden fehlt, gerade mal eben mehr als 800.000 Kostensteigerungen durchwinkt. Hier werden hemmungslos Steuergelder in private Taschen umverteilt. Es mag ja sein, dass Bauunternehmer unter Preissteigerungen, Lieferengpässen und Rohstoffknappheit zu leiden haben. Es kann aber nicht als schicksalhaft hingenommen werden, dass sich Unternehmen schadlos halten und Kostensteigerungen einfach so, nach dem Motto die Letzten beißen die Hunde, an den Steuerzahler durchgereicht werden. Wir hatten vor längerem auf das Preisgesetz hingewiesen und Herr Maaß wollte sich bei der Landesregierung erkundigen, ob diese Gesetzesgrundlage als eine Art Baupreisdeckel angewandt werden könnte. Passiert ist seitdem nichts und zu nahezu jeder Stadtratssitzung werden Kostensteigerungen im Baubereich in astronomischer Höhe beschlossen. Dies macht unsere Fraktion nicht mehr mit. Dabei rechtfertigt auch der gestiegene Baupreisindex von rund 9 Prozent keine mehr als doppelt so hohe Preissteigerung und es ist ebenso wenig hinnehmbar, dass andere genauso wichtige Straßensanierungen zusammengestrichen oder mühsam erzielte Einsparungen leichtfertig verbraten werden. Letztlich ist dies das Prinzip „linke Tasche, rechte Tasche“, aber an der grundsätzlichen Problematik ändert sich nichts. Und wenn Bauprojekte finanziell aus dem Ruder laufen, muss eben umgeplant werden. Für den 320.000 Euro teuren Kreisels in der Gersbacher Straße beispielsweise gibt es sicher günstigere Alternativen.“

Bürgermeister Maas zeigt auf, die Resolution bzgl. Baupreisdeckel sei an das Ministerium der Finanzen weitergeleitet worden, allerdings sei noch keine Stellungnahme erfolgt.

Durch die aktuelle Ressourcenknappheit und den Krieg sei die Baupreisentwicklung nicht aufzuhalten. Auch bei einer neuen Ausschreibung sei mit keinem besseren Ergebnis zu rechnen.

Der Stadtrat beschließt bei 3 Gegenstimmen, mehrheitlich:

Der für die Straßenbauarbeiten in der Gersbacher Straße im Stadtrat am 27.04.2020 beschlossene Kostenvoranschlag in Höhe von

2.600.000,00 € brutto

wird um **500.000,00 € brutto** erhöht

und auf insgesamt **3.100.000,00 € brutto** festgestellt.

Die Verrechnung der Mehrkosten erfolgt über die Maßnahmen- Nummer 5416030006.

**zu 1.2 Ausbau Gersbacher Straße; Bereitstellung von überplanmäßigen Ausgaben
Vorlage: 1434/II/20.1/2022**

Bürgermeister Maas bezieht sich auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage der Finanzen vom 20.04.2022.

Der Stadtrat beschließt bei 3 Gegenstimmen, mehrheitlich:

Der Betrag von 500.000 € für den Ausbau der Gersbacher Straße (Abrechnungseinheit Winzeln) wird überplanmäßig bei Inv.Nr. 5416030006 bereitgestellt.

Finanzierung:

Einsparungen bei Inv.Nr. 5416030008 „Beleuchtung Bottenbacher Str“ (nicht verbrauchte Restmittel)	100.000 €
Einsparungen bei Inv.Nr. 5416080039 „Ausbau Königstraße“ (nicht verbrauchte Restmittel)	100.000 €
Einsparungen bei Inv.Nr. 5416080042 „Ausbau Hohmärtelstr.“ (nicht verbrauchte Restmittel)	92.000 €
Einsparungen bei Inv.Nr. 5416080046 „Beleuchtung Winzler Str.“ (nicht verbrauchte Restmittel)	199.000 €
Einsparungen bei Inv.Nr. 5416080064 „Beleuchtung Hügelstr.“ (nicht verbrauchte Restmittel)	<u>9.000 €</u>
	500.000 €

**zu 1.3 Ausbau der Gersbacher Straße in Pirmasens, Ortsteil Winzeln;
Vergabe der Straßenbauarbeiten;
Beschluss des Kostenvoranschlages im Stadtrat am 27.04.2020 (BV-Nr.
0949/II/66.2/2020) und Beschlussvorlage zur KVA-Fortschreibung in heutiger Sitzung
Vorlage: 1437/II/66.2/2022**

Bürgermeister Maas bezieht sich auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage des Tiefbauamtes vom 20.04.2022.

Der Stadtrat beschließt bei 3 Gegenstimmen, mehrheitlich:

Die Durchführung der Straßen- und Kanalbauarbeiten zum Ausbau der Gersbacher Straße werden der Fa. Peter Gross Infrastruktur GmbH & Co. KG aus Pirmasens gemäß dem überprüften Angebot vom 06.04.2022 mit einer Auftragssumme von insgesamt

2.643.796,37 € brutto übertragen.

Die Verrechnung der Kosten für die Straßenbauarbeiten in Höhe von **2.547.096,81 € brutto** erfolgt über die Investitions-Nummer 5416030006.

Die Verrechnung der Kosten für die Kanalbauarbeiten in Höhe von **96.699,57 € brutto** erfolgt unter der Auftragsnummer 04210303150.

zu 2 Ausbau der Stobelallee zwischen Luisenstraße und "Gefäller Weg"

**zu 2.1 Ausbau der Stobelallee zwischen Luisenstraße und "Gefäller Weg" - Kostenfortschreibung für die Straßenbauarbeiten
Kostenvoranschlag vom 31.01.2022
(BV.-Nr. 1370/II/66.2/2022)
Vorlage: 1438/II/66.2/2022**

Der Vorsitzende bezieht sich auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage des Tiefbauamtes vom 20.04.2022.

Ratsmitglied Dr. Dreifuß erkundigt sich, ob Baumsicherungsmaßnahmen getroffen worden seien.

Bürgermeister Maas erklärt, bereits im Vorfeld seien viele Gespräche mit dem Bauamt geführt worden, um alle Schutz- und Kontrollmaßnahmen zu planen. Ebenfalls sei ein Bestandteil der Ausschreibung die Verwendung eines Spülsauggabbers, damit die Baumwurzeln nicht beschädigt würden. Weiterhin sei die Bauleitung täglich auf der Baustelle und eine Baumkontrolle erfolge 2-mal täglich. Durch diese Maßnahmen solle eine Wiederholung wie in der Waisenhausstraße, in der die Bäume verletzt worden seien, verhindert werden.

Sodann beschließt der Stadtrat bei 3 Gegenstimmen mehrheitlich:

Der für die Straßenbauarbeiten in der Stobelallee im Stadtrat am 31.01.2022 beschlossene Kostenvoranschlag in Höhe von

2.400.000,00 € brutto

wird um **325.000,00 € brutto** erhöht

und auf insgesamt **2.725.000,00 € brutto** festgestellt.

Die Verrechnung der Mehrkosten erfolgt über die Maßnahmen- Nummer 5416080059.

zu 2.2 Ausbau der Strobелallee; Bereitstellung von überplanmäßigen Ausgaben
Vorlage: 1433/II/20.1/2022

Bürgermeister Maas bezieht sich auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage der Finanzen vom 12.04.2022.

Der Stadtrat beschließt bei 3 Gegenstimmen mehrheitlich:

Der Betrag von 325.000 € für den Ausbau der Strobелallee (Abrechnungseinheit Stadtgebiet im Übrigen) wird überplanmäßig bei Inv.Nr. 5416080059 bereitgestellt.

Finanzierung:

Einnahmen Wiederkehrende Beiträge für Verkehrsanlagen (64 %) (Inv.Nr. 5416080000 „AE Stadtgebiet im Übrigen“)	208.000 €
Einsparungen bei Inv.Nr. 5416080034 „Ausbau Strobелallee; 1. Teilstück“ (nicht verbrauchte Restmittel)	60.000 €
Einsparungen bei Inv.Nr. 5460000004 „Parkplatz Kita Windsberg“ (nicht verbrauchte Restmittel)	<u>57.000 €</u> 325.000 €

zu 2.3 Ausbau der Strobелallee zwischen Luisenstraße und "Gefäller Weg"; Vergabe der Straßenbauarbeiten
Vorlage: 1439/II/66.2/2022

Bürgermeister Maas bezieht sich auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage des Tiefbauamtes vom 20.04.2022.

Der Stadtrat beschließt bei 3 Gegenstimmen mehrheitlich:

Die Bauarbeiten zum Ausbau der Strobелallee – Luisenstraße bis „Gefäller Weg“ (Straßenbauarbeiten) werden der Firma

Wolf & Sofsky Infrastrukturbau GmbH

Gemäß dem überprüften Angebot vom 06.04.2022 mit einer Auftragssumme von

2.333.542,40 € brutto Gesamtsumme

Übertragen.

Die Verrechnung erfolgt auf:

Ausbau der Strobелallee LG	Investitionsnr.	5416080059	2.333.542,40 €
----------------------------	-----------------	------------	----------------

zu 3 Jahresabschlüsse 2018 und 2019
1. Feststellung der Jahresabschlüsse
2. Entlastung des Oberbürgermeisters und der Beigeordneten
Vorlage: 1440/I/14/2022

Oberbürgermeister Markus Zwick übergibt den Vorsitz an das älteste anwesende Ratsmitglied Kiefer und nimmt mit Bürgermeister Maas und Beigeordneten Clauer gemäß § 22 GemO an der Beratung und Beschlussfassung bei der Feststellung der Jahresabschlüsse und der Entlastung des Oberbürgermeisters und der Beigeordneten nicht teil.

Die Vorsitzende Kiefer teilt mit, der Stadtrat soll heute über

1. - die Jahresabschlüsse 2018/2019 und
2. - die Entlastung des OB und der Beigeordneten

beschließen.

Das Rechnungsprüfungsamt und der Rechnungsprüfungsausschuss hätten die Jahresabschlüsse 2018 und 2019 geprüft. Das Ergebnis der Prüfung sei im Prüfbericht des Rechnungsprüfungsausschusses vom 12.04.2022 zusammengefasst, der dem Stadtrat gemäß § 113 Abs. 4 Gemeindeordnung zugeleitet worden sei.

Sie bittet Herrn Florian Bilic, der den Vorsitz im Rechnungsprüfungsausschuss geführt hat, um Berichterstattung über die Prüfung.

Ratsmitglied Bilic berichtet:

„Der Rechnungsprüfungsausschuss hat am **30.03.2022** die Jahresabschlüsse 2018 und 2019 geprüft. In die Prüfung miteinbezogen wurde auch der Bericht des Rechnungsprüfungsamtes. Die Prüfungsfeststellungen und Fragen der Ausschussmitglieder wurden von den anwesenden Mitarbeitern der Verwaltung erläutert. Die Beantwortung einer Anfrage wurde schriftlich nachgereicht.

Es wurden insbesondere folgende Bereiche thematisiert:

- Rückblick auf die letzte Sitzung
- Sachstand (Aufholung/Aufarbeitung bei der Prüfung der Jahresabschlüsse)
- Zeitschiene ausstehender Jahresabschlüsse (2020 in 2022 geplant)
- Grundsätzliche Feststellungen zum Gegenstand der Prüfung
- Interkommunaler Vergleich mit vergleichbaren Städten (Größe bzw. Struktur) bezüglich bereits beschlossener Jahresabschlüsse
- Ergebnis- und Finanzrechnung 2018/2019, Ergebnisse sowie die wesentlichen Plan-/Ist Abweichungen
- Bilanz mit Prüfungsschwerpunkt „Bewegungsbilanz“
- Zielsetzung und Modalitäten Kommunalen Entschuldungsfonds Rheinland-Pfalz (KEF-RP)
- Analyse der Forderungen mit besonderem Blick auf die Steuerforderungen
- Sonstige Prüfungshandlungen
(Kassenprüfungen, Prüfungen für übergeordnete Stellen, Verwendungsnachweise, Einzel- und Sonderprüfungen, technische Prüfungen)
- Weitere Vorgehensweise

Aufgrund der im Rahmen der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entsprechen die Jahresabschlüsse 2018 und 2019 den rechtlichen Vorschriften und vermitteln ein den tatsächlichen

Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Stadt Pirmasens. Nachdem keine Gründe ersichtlich sind, die der Feststellung der Jahresabschlüsse 2018 und 2019 durch den Rat entgegenstehen, empfiehlt der Rechnungsprüfungsausschuss dem Rat einstimmig die Beschlussfassung über

die Feststellung der Jahresabschlüsse 2018 und 2019 sowie in einem weiteren gesonderten Beschluss die Entlastung des Oberbürgermeisters und der Beigeordneten.“

Die Vorsitzende Kiefer erklärt, da weitere Wortmeldungen nicht vorliegen, stelle sie fest, dass aufgrund der vom Rechnungsprüfungsamt und vom Rechnungsprüfungsausschuss vorgenommenen Prüfung der Jahresabschlüsse 2018 und 2019 keine Beanstandungen vorliegen, die der Entlastung entgegenstehen.

Für die Beschlussfassung über den Jahresabschluss 2018 und 2019 sowie die Entlastung des Oberbürgermeisters und der Beigeordneten sind somit die Voraussetzungen geschaffen.

Sie bitte um Abstimmung.

Der Wortlaut des zu fassenden Beschlusses liege den Ratsmitgliedern vor, deshalb werde auf die Verlesung verzichtet.

Die Jahresabschlüsse 2018 und 2019 wurden durch das Rechnungsprüfungsamt und den Rechnungsprüfungsausschuss geprüft. Der Stadtrat hat vom Beratungsergebnis des Rechnungsprüfungsausschusses Kenntnis genommen.

Jahresabschluss 2018:

• - Ergebnisrechnung (Jahresfehlbetrag)	4.019.056,78 €
• - Finanzrechnung (Finanzmittelüberschuss)	1.601.396,61 €
• - Bilanz	617.121.752,71 €

Jahresabschluss 2019:

• - Ergebnisrechnung (Jahresfehlbetrag)	5.215.454,43 €
• - Finanzrechnung (Finanzmittelfehlbetrag)	6.997.414,99 €
• - Bilanz	615.202.596,98 €

Gemäß §114 I GemO entscheidet der Stadtrat in gesonderten Beschlüssen über die Feststellung der geprüften Jahresabschlüsse, sowie die Entlastung des Oberbürgermeisters und der Beigeordneten für deren Geschäftsbereiche sowie für Zeiten, in denen sie den Oberbürgermeister vertreten haben.

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

1. Beschluss:
Die Jahresabschlüsse 2018 und 2019 werden durch den Stadtrat festgestellt.

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

2. Beschluss:
Es wird dem Oberbürgermeister und den Beigeordneten für deren Geschäftsbereiche, sowie für Zeiten, in denen sie den Oberbürgermeister vertreten haben, Entlastung erteilt.

Oberbürgermeister Zwick übernimmt wieder den Vorsitz.

zu 4 Vertrauensanwalt - Information

Der Vorsitzende zeigt auf, Herr Dr. Groß, von der Rechtsanwaltskanzlei HEIMES & MÜLLER ab dem 01.06.2022 der Vertrauensanwalt der Stadt Pirmasens. Bis zu diesem Zeitpunkt würde mit dem Personalrat eine Dienstanweisung beziehungsweise eine Dienstvereinbarung vereinbart. Mit dieser Maßnahme solle mehr Transparenz geschaffen werden.

Ratsmitglied Tilly teilt mit, ein Vertrauensanwalt sei ein richtiger und wichtiger Schritt. Allerdings hätte für eine höhere Transparenz im Vorfeld zur Sitzung eine Zusammenfassung für die Ratsmitglieder erfolgen können.

zu 5 Baumaßnahme südliche Hauptstraße - Information

Herr Metzger-Jung stellt anhand einer Beamerpräsentation (siehe Anlage 1 zur Niederschrift) den Ausbau der südlichen Hauptstraße vor. Er fügt hinzu, im Zuge der Begehungen für die Hausanschlusssanierungen sei festgestellt worden, dass die Gewölbekeller bis zu 6 Meter in die Hauptstraße hineinragen. Die Gewölbe seien zuerst geortet worden und eine 3D Vermessung sei vorgenommen worden. Dabei seien Gewölbe, die bis zu 20 Meter lang seien, die höchst wahrscheinlich als Lagerräume genutzt worden seien.

Bei einer Aktenrecherche sei festgestellt worden, dass beim Wiederaufbau nach dem Krieg die Hausfront zurückgesetzt worden sei, um die Hauptstraße zu verbreitern. Da vermutet wurde, dass die Statistik nicht ausreichend sei, würde am Imbiss neben der Post eine Absperrung erfolgen, damit dieser Bereich nicht mehr befahren werden könne.

Um die Statik der Fassade abzusichern würde diese im Untergrund abgestützt. Danach könnte die Verfüllung der Gewölbe erfolgen. Weiterhin sei für diese Maßnahme ein Antrag zur Städtebauförderung gestellt worden.

Sodann stellt Herr Peltzer anhand einer Beamerpräsentation (siehe Anlage 1 zur Niederschrift Seite 18) den Zeitplan der Stadtwerke vor.

Ratsmitglied Hussung bedankt sich für die Vorstellung der Präsentation seitens der Stadtwerke und dem Tiefbauamt. Er fragt an, seit wann diese Problematik bekannt sei, da diese ihm persönlich nicht bekannt sei. Er bittet nochmals um eine rechtliche Überprüfung, ob die Gewölbe im Eigentum der Stadt seien.

Der Vorsitzende erklärt, über diese Problematik sei der Hauptausschuss in seiner letzten Sitzung informiert worden. Weiterhin seien die Eigentumsverhältnisse für die Gewölbekeller abgeklärt worden. Die Stadt sei Eigentümer der Gewölbe, jedoch nicht für das darüberstehende Haus.

Herr Metzger-Jung zeigt auf, das Bestehen der Gewölbe sei der Stadtverwaltung bekannt gewesen, jedoch nicht die Länge. Da die Gewölbe jedoch im öffentlichen Raum stünden seien diese im Eigentum der Stadt. Der jetzige Besitzer habe die Gewölbe nutzen können, sollen die Gewölbe jedoch künftig vom Haus abgetrennt werden.

Ratsmitglied Eschrich bittet ebenfalls, nochmals Kontakt mit den vorherigen Besitzern des Anwesens aufzunehmen, um sicher zu sein, dass die Gewölbe im Besitz der Stadt seien. Er

fragt zusätzlich an, wie die Kosten in Höhe von 1,3 Mio. € zustande kämen und wie der Zustand der Leitungen sei.

Herr Metzger-Jung teilt mit, die Kosten in Höhe von 1,3 Mio.€ seien die Kosten der Stadtwerke. Die Kosten der Ordnungsmaßnahmen für die Stadt beliefen sich auf 265.000 €.

Herr Peltzer zeigt auf, die Leitungen seien rund 40 Jahre alt. Deshalb sollten diese erneuert werden, wenn ein Straßenausbau erfolge.

Ratsmitglied Welker bittet, vor der Befüllung den Istzustand des Gebäudes zu dokumentieren. Weiterhin bittet er um eine Abklärung, ob weitere Gewölbe in der Fußgängerzone vorhanden seien.

Ratsmitglied Dr. Matheis bittet, die Eigentumsverhältnisse vor der Maßnahme zu klären und ob für die Stabilisierung des Gebäudes ein finanzieller Ausgleich seitens des Besitzers erfolgen könnte.

Herr Metzger-Jung führt aus, das Gebäude sei standfest. Die Stützmauer verhindere ausschließlich den Erddruck.

Ratsmitglied Eyrisch fragt an, ob sich der Zeitplan der Montag Stiftung durch die Verschiebung der Maßnahme verändere.

Beigeordneter Clauer zeigt auf, der Zeitplan der Montag Stiftung sei hiervon nicht betroffen.

Ratsmitglied Hendrichs erklärt, die Fernwärme sei mit der Verschiebung der Maßnahme in das Jahr 2023 gesichert. Er fragt jedoch an, ob eine Notleitung gesichert sei, wenn das Zeitfenster nicht ausreiche.

Herr Peltzer erklärt, in diesem Jahr solle die Maßnahme vorbereitet werden, jedoch sei der Bauzeitplan von 7 Monaten realistisch.

zu 6 Erstellung eines Konzeptes zur Ermittlung der Bedarfe für die Unterkunft - Information

Der Vorsitzende zeigt auf, die Stadt sei für Empfänger von Sozialhilfe und Arbeitslosengeld II der zuständige Träger der Kosten der Unterkunft. Das bedeutet, die Stadt bezahle hilfebedürftigen Menschen die Miete samt Neben- bzw. Betriebskosten. Für diese Kosten gäbe es aber eine Angemessenheitsgrenze. Hiermit sei gemeint, dass eine solche Wohnung nicht teuer sein dürfe, sondern solle einem einfachen Standard entsprechen solle.

Ein wichtiger Faktor sei die Kaltmiete. Das Gesetz lege hierfür keine absolute Angemessenheitsgrenze fest. Dies sei der Fall, da die Mietpreise regional stark abweichen könnten. So seien zum Beispiel die Mietpreise in München oder Freiburg extrem hoch, in anderen Regionen jedoch viel günstiger.

Die Angemessenheit in Pirmasens sei daher von der Stadt festgelegt worden. Dabei habe die Stadt keine komplette Freiheit, sondern müsse sich an hohe rechtliche Anforderungen halten. Hierfür bedürfe es eines sogenannten schlüssigen Konzeptes. Vor diesem schlüssigen Konzept habe die Kaltmiete 3,58 € / m² betragen.

2018 habe die Stadt ein solches schlüssiges Konzept erstellen lassen. 2020 sei dieses fortgeschrieben worden. Seither hätte die Stadt nur noch wenige Klagen erhalten und diese jedoch vor Gericht gewonnen.

Nun sei es an der Zeit das Konzept neu aufzustellen. Dies sei sinnvoll da es Rechtssicherheit und Klarheit bringe. Ein neues Konzept solle nun erstellt werden, denn eine Fortschreibung sei nicht mehr möglich.

Ergänzend solle weiterhin, wie bereits 2018, der Klimabonus fortgesetzt werden. Hier sollten höhere Kaltmieten bei gut wärmegeämmte Wohnungen ermöglicht werden.

Ergänzend fügt er hinzu, dass für die Erstellung des Konzeptes Kosten in Höhe von 16.000 € anfallen würden.

Ratsmitglied Eschrich fragt an, ob das gleiche Institut beauftragt worden sei oder ob ein Vergabeverfahren stattgefunden habe.

Der Vorsitzende erklärt, aufgrund der Wertgrenze sei ein Vergabeverfahren nicht nötig gewesen, weshalb dasselbe Institut beauftragt worden sei.

zu 7 Antrag der Stadtratsfraktion Die Linke / PARTEI vom 20.04.2022 bzgl. "Balkonkraftwerke"

Ratsmitglied Eschrich begründet den Antrag laut schriftlicher Antragsbegründung (siehe Anlage 2 zur Niederschrift).

Ratsmitglied Eyrisch zeigt auf, die Idee des Antrages sei charmant, jedoch würden die Städte, in denen bereits Förderungen stattfinden, Unterschiede zur Stadt Pirmasens aufweisen. Da der Antrag aus finanziellen Gründen nicht durch die Stadt verwirklicht werden könnte, könnte dieser an die Stadtwerke Pirmasens weitergeleitet werden. Diese könnten prüfen, welche Maßnahmen möglich seien, eventuell käme ein Contractingvertrag in Frage.

Ratsmitglied Tilly findet die Idee, den Antrag an die Stadtwerke zu verweisen, ebenfalls gut. Allerdings seien die Städte Bremerhaven und Bremen ebenfalls finanziell nicht gut aufgestellt. Trotzdem würden diese eine Förderung ermöglichen.

Der Vorsitzende erklärt, die Finanzausstattung in anderen Bundesländern unterscheide sich zu Rheinland-Pfalz. Durch den kommenden kommunalen Finanzausgleich des Landes Rheinland-Pfalz erhoffe man sich mehr Möglichkeiten für die Stadt Pirmasens. Derzeit sei die Förderung mit dem städtischen Haushalt nicht vereinbar.

Er stellt fest, der Antrag solle an die Stadtwerke Pirmasens verwiesen werden und in der Stadtratssitzung im Juni beraten werden.

zu 8 Beantwortung von Anfragen, Informationen, Anfragen der Ratsmitglieder

zu 8.1 Beantwortung von Anfragen

Es liegen keine Beantwortungen von Anfragen vor.

zu 8.2 Informationen

zu 8.2.1 Krieg in der Ukraine - Aktuelle Informationen zur Aufnahme von Flüchtlingen

Der Vorsitzende zeigt auf, bereits 373 Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine seien in Pirmasens angekommen. 337 Ukrainer seien über freie Wege in die Stadt gekommen, 36 seien zugewiesen worden.

Derzeit sei ausreichend Wohnraum verfügbar, jedoch bestünden Engpässe bei Einrichtungsgegenständen wie zum Beispiel Betten und E-Herden. Vor Einzug würde der Zustand der Wohnungen dokumentiert.

Wie bereits berichtet, fänden im CVJM weiterhin dienstags Treffen für die ukrainischen Flüchtlinge statt, um den Alltag zu erleichtern. Diese Treffen würden gut angenommen und durch die Vorinformationen seien weniger Fragen als in der Anfangszeit vorhanden. Auch seien Deutschkurse für die Schüler in den Quartieren geplant.

Zum jetzigen Zeitpunkt würden ukrainische Kinder in der Kirchbergschule unterrichtet, viele Kinder würden allerdings weiterhin am Onlineunterricht in der Ukraine teilnehmen.

Weiterhin bestünde das Impfangebot im Impfzentrum bezüglich einer Schutzimpfung oder einer Masernimpfung.

Ratsmitglied Stegner teilt mit, im Sprachraum Pirmasens, in der Bahnhofstraße gäbe es viele ukrainische Frauen, welche hochqualifiziert seien, wie zum Beispiel Juristinnen. Diese würden gerne das Sprachangebot wahrnehmen, hätten jedoch keine Betreuungsmöglichkeit für ihre Kinder. Er fragt an, ob Kindergartenplätze zur Verfügung stünden, um eine Betreuung der Kinder sicherzustellen und die Frauen am Sprachangebot teilnehmen könnten.

Der Vorsitzende erklärt, zum jetzigen Zeitpunkt seien alle Kindergartenplätze belegt. Um einen Kindergartenplatz zu erhalten seien Wartelisten vorhanden. Eine hohe Anlaufstelle verzeichnen die Quartierbüros. In diesen könnten die Kinder teilweise betreut werden und die Mütter könnten an Sprachkursen teilnehmen.

Ratsmitglied Riehmer fragt an, wie die Kinder aus der Ukraine mit Schulmaterialien ausgestattet würden.

Der Vorsitzende zeigt auf, die Ausstattung von Schulmaterialien sei durch den Pakt für Pirmasens gewährleistet.

zu 8.2.2 Besichtigung BBS und LLR

Der Vorsitzende führt aus, die Baustellenbesichtigung der Berufsbildenden Schule finde am Dienstag, den 17.05.2022 ab 17 Uhr statt. Der Treffpunkt sei am Zugang der Carl-Maria-von-Weber-Straße. Die Besichtigung der Landgraf Ludwig Realschule Plus finde am Montag, den 23.05.2022 ab 17 Uhr statt, der Treffpunkt sei der Schulhof. Eine entsprechende Einladung würde dazu erfolgen.

zu 8.2.3 Schreiben von Herrn MdL Reichert und CDU-Änderungsantrag zu den Kommunalfinanzen

Der Vorsitzende zeigt auf, das Schreiben von Herrn MdL Reichert und den CDU-Änderungsantrag zu den Kommunalfinanzen würden im Nachgang zur Sitzung hochgeladen.

zu 8.2.4 Erweiterung Outlet Zweibrücken

Der Vorsitzende zeigt auf, wie bereits berichtet sei für das "Designer Outlet Center" eine weitere Flächenerweiterung geplant. Die Fläche solle von 21.000 m² auf 29.500 m² erhöht werden. Diese Erweiterung widerspreche den Zeilen des Landesentwicklungsplans. Der großflächige Einzelhandel sei den inneren Ortslagen vorbehalten, weshalb dieses Projekt abgelehnt werden müsste. Um das Projekt entgegen den Zielen der Landesplanung zu ermöglichen, finde derzeit ein Zielabweichungsverfahren statt.

Der Betreiber habe ein Gutachten durch die Firma Ecostra erstellen lassen, welches darlege, welche Auswirkung die Investition in den Standort Zweibrücken auf umliegende Kommunen habe. Dieses Gutachten sehe für Pirmasens weitere Umsatzrückgänge von 400.000 € bzw. 500.000 € vor. Dies entspreche 1 %. Ecostra sehe das als geringe beziehungsweise kaum spürbare Umsatzrückgänge an.

Begründet werde dies mit der Erweiterung in Zweibrücken für das Luxus- bzw. Premiumsegment. Dieses Segment sei in Pirmasens kaum vorhanden.

An den Ergebnissen des Gutachtens bestünden erhebliche Zweifel, denn schon in der Vergangenheit seien Auswirkungen auf Pirmasens unterschätzt worden. In Frage gestellt würde, wer die Beschränkungen auf das Thema Luxus-Sortiment kontrolliere und wer bei Umzügen in den Neubaubereich verhindere, dass günstigere Anbieter nachrücke. Zudem sei die Erweiterung mit einer Vergrößerung innenstadtrelevanter Sortimente verbunden.

Auch wenn das Outlet für die Region positive Bedeutung habe, wie zum Beispiel Arbeitsstellen für Pirmasenser, sehe die Verwaltung die Erweiterung als sehr kritisch an, denn die Innenstadt befinde sich in einer Transformation. Der Einzelhandel habe enorm unter dem Outlet gelitten, zum Beispiel beim Thema Sportware. Weitere Kaufkraftabzüge würden die Attraktivität der Innenstädte gefährden.

Aufgrund dessen habe die Stadt einen eigenen Gutachter beauftragt, den Stadtrat bei diesem Thema zu beraten.

Daher solle dieses Thema in einer der nächsten Sitzungen intensiv beraten und eine Stellungnahme abgegeben werden.

Dies sei wichtig, um auch eine fachlich fundierte Einschätzung zu erhalten. Dies solle keine reflexhafte Ablehnung darstellen, jedoch sollte die Stadt Pirmasens wehrhaft bleiben, wenn dies die Pläne unserer Innenstadt gefährde. Dies kann gegebenenfalls bedeuten, dass die Stadt zu einem späteren Zeitpunkt rechtliche Schritte gegen eine Genehmigung erwägen müsse.

Herr Schreiner ergänzt, im Zuge des Beteiligungsverfahrens solle ebenfalls eine Analyse erstellt werden.

Ratsmitglied Hussong macht darauf aufmerksam, dass das Gutachten sehr umfangreich sein könnte. Daher bitte er die Gutachten den Ratsmitgliedern über das Ratsinformationssystem zur Verfügung zu stellen.

Herr Schreiner erklärt, die Gutachten stünden der Verwaltung zur Verfügung und würden den Ratsmitgliedern zur Verfügung gestellt.

zu 8.3 Anfragen der Ratsmitglieder

zu 8.3.1 Schriftliche Anfrage der AfD-Stadtratsfraktion vom 11.04.2022 bzgl. "Immobilien in ausländischer Hand"

Der Vorsitzende zeigt auf, diese Anfrage sei bereits mit der Einladung der Sitzung den Ratsmitgliedern zur Verfügung gestellt worden. Er zeigt auf, eine Stellungnahme sei beim Fachamt angefordert worden. Nach Erhalt einer Stellungnahme würde die Anfrage schriftlich beantwortet.

Ratsmitglied Tilly teilt mit, solche Informationen könnten gegebenenfalls nicht erteilt werden. Weiterhin sei die Anfrage nach seiner Ansicht rassistisch motiviert.

zu 8.3.2 Schriftliche Anfrage der AfD-Stadtratsfraktion vom 29.04.2022 bzgl. "Bunkeranlagen in Pirmasens"

Ratsmitglied Weber stellt die Anfrage (siehe Anlage 3 zur Niederschrift) vor.

Der Vorsitzende sagt eine Prüfung zu.

zu 8.3.3 Anfrage von Ratsmitglied Dr. Dreifus bzgl. "Sachstand Skaterpark"

Ratsmitglied Dr. Dreifus erkundigt sich nach dem aktuellen Sachstand des Skaterparks.

Beigeordneter Clauer teilt mit, der Baubeginn des Skaterparks sei für Juli 2022 geplant.

zu 8.3.4 Anfrage von Ratsmitglied Dr. Dreifus bzgl. "City-App"

Ratsmitglied Dr. Dreifus zeigt auf, die Stadt Kaiserslautern habe nun eine City-App eingeführt. Er bittet daher um Evaluation mit der Stadtverwaltung Kaiserslautern. Dabei solle beispielsweise geklärt werden, wie viele Personen die App aktiv nutzen.

Der Vorsitzende sagt eine Prüfung zu.

zu 8.3.5 Anfrage von Ratsmitglied Dr. Dreifus bzgl. "Sachstand Digitalisierung der Verwaltung und Cybersecurity"

Ratsmitglied Dr. Dreifuß erkundigt sich nach dem aktuellen Sachstand bezüglich der Digitalisierung der Verwaltung sowie Cybersecurity. Er fügt hinzu, viele Behörden hätten bereits vor Problemen mit Hackerangriffen gestanden und fragt an, wie die Stadtverwaltung auf solche Szenarien vorbereitet sei.

Der Vorsitzende sagt eine Prüfung zu.

zu 8.3.6 Anfrage von Ratsmitglied Riehmer bzgl. "Bauvorhaben Neuffer-Park"

Ratsmitglied Riehmer zeigt auf, im vergangenen Jahr sei eine Bürgerversammlung bezüglich des Bauvorhabens Neuffer-Park geplant gewesen. Sie fragt an, ob dieses Bauvorhaben nach wie vor geplant sei.

Der Vorsitzende zeigt auf, dies stelle kein Bauvorhaben, sondern Überlegungen wie die Neuffer-Villa gerettet werden könnte, dar. Am 14.06.2022 solle hierzu ein Termin stattfinden.

zu 8.3.7 Anfrage von Ratsmitglied Welker bzgl. "Sachstand Calisthenics Station"

Ratsmitglied Welker erkundigt sich nach dem aktuellen Sachstand bezüglich Calisthenics Station.

Beigeordneter Clauer zeigt auf, dieses Vorhaben sei mit hohen Kosten verbunden. Diese könnten in diesem und im nächsten Haushalt nicht aufgewendet werden.

Der Vorsitzende sagt eine erneute Prüfung zu.

zu 8.3.8 Anfrage von Ratsmitglied Deny bzgl. "Toilettenanlage am Eisweiher"

Ratsmitglied Deny zeigt auf, der Eisweiher würde von vielen Wanderer aber auch von Familien genutzt beziehungsweise besucht. Er bittet daher die Verwaltung zu prüfen, ob eine Toilettenanlage am Eisweiher installiert werden könnte.

Der Vorsitzende sagt eine Prüfung zu.

zu 8.3.9 Anfrage von Ratsmitglied Eschrich bzgl. "Sachstand Ärztemangel"

Ratsmitglied Eschrich erkundigt sich nach dem aktuellen Sachstand des Antrages bezüglich Ärztemangel. Er fragt an, welche Maßnahmen ergriffen werden könnten und wann darüber informiert würde.

Der Vorsitzende erklärt, der Ärztemangel sei auf der Agenda der Stadt Pirmasens und in einer der nächsten Sitzungen würde darüber berichtet.

Nachdem keine weiteren Anfragen vorliegen, schließt der Vorsitzende die Sitzung um 16.23 Uhr.

Pirmasens, den 23. Juni 2022

gez. Markus Zwick
Vorsitzender

gez. Heidi Kiefer
Vorsitzende (TOP 3)

gez. Anne Vieth
Protokollführung